

Weiter hinten in diesem Dokument ist eine englische Version dieser Allgemeinen Geschäftsbedingungen für den Einkauf von Leistungen beigelegt. Die englische Version dient nur der Hilfestellung und Information. Rechtlich bindend ist ausschließlich die deutsche Version.

Further down in this document there is an English version of these general terms and conditions ("Allgemeinen Geschäftsbedingungen für den Einkauf von Leistungen"). The English version is a courtesy translation and for information only. Legally binding is only the German version of the „Allgemeinen Geschäftsbedingungen für den Einkauf von Leistungen“.

1 Geltungsbereich

- 1.1 Diese Allgemeinen Geschäftsbedingungen für den Einkauf von Leistungen („AGB“) gelten für alle von der Deutschen Pfandbriefbank AG sowie allen Unternehmen, die mit dieser im Sinne des § 15 AktG verbunden sind, (im Folgenden „Auftraggeber“ genannt), beauftragten Lieferungen und Leistungen (nachstehend zusammenfassend „Leistung“ oder „Leistungen“ genannt), sofern der Auftragnehmer Unternehmer (§ 14 BGB) (im Folgenden „Auftragnehmer“ genannt) ist.
- 1.2 Diese AGB gelten für die jeweils vereinbarte *Leistung* ausschließlich. Die Anwendung von Allgemeinen Geschäftsbedingungen des *Auftragnehmers* ist ausgeschlossen.
- 1.3 Die AGB gelten in der zum Zeitpunkt des Vertragsschlusses jeweils aktuellen Fassung auch für alle künftigen *Leistungen*, selbst wenn sich der *Auftraggeber* bei der Beauftragung nicht ausdrücklich auf diese bezieht.
- 1.4 Rechtlich bindend ist ausschließlich diese deutsche Version der AGB.

2 Vertragsgegenstand

Gegenstand des Vertrages ist die Erbringung von *Leistungen* durch den *Auftragnehmer* für den *Auftraggeber*. Die konkret zu erbringenden *Leistungen* werden in einem gesonderten Vertrag zwischen den Vertragsparteien (nachstehend „*Einzelvertrag*“ genannt) spezifiziert.

3 Vertragsschluss

- 3.1 Ein *Einzelvertrag* zwischen *Auftraggeber* und dem *Auftragnehmer* kommt zustande, wenn (i) der *Auftraggeber* die angebotenen *Leistungen* des *Auftragnehmers* mittels schriftlicher Erklärung annimmt oder (ii) der *Auftragnehmer* die schriftliche Bestellung des *Auftraggebers* durch schriftliche Auftragsbestätigung oder Leistungserbringung annimmt.
- 3.2 Die Annahmefrist beträgt jeweils zwei (2) Wochen.
- 3.3 Liegt die Auftragsbestätigung des *Auftragnehmers* dem *Auftraggeber* nicht innerhalb von zwei (2) Woche nach Zugang der Bestellung beim *Auftragnehmer* vor, so ist der *Auftraggeber* binnen zwei Wochen nach Zugang der Auftragsbestätigung zum unentgeltlichen Widerruf der Bestellung berechtigt.
- 3.4 Ein Vertragsschluss durch kaufmännisches Bestätigungsschreiben wird ausgeschlossen.
- 3.5 Schriftlichen Erklärungen gemäß Ziffer 3.1 (beispielsweise Bestellungen, Verträge, Auftragsbestätigungen) stehen maschinell erzeugten Dokumenten gleich, die durch entsprechende automatisierte Bestellsysteme/ERP-Systeme generiert werden. Derartige Erklärungen sind als solche durch den Vermerk "Dieses Dokument ist maschinell erzeugt und enthält daher keine Unterschrift." oder "This document was created automatically and hence bears no signatures." gekennzeichnet. Der Versand solcher maschinell erzeugten Dokumente kann durch das System selbst oder durch E-Mail mit dem Dokument im Anhang in PDF-Format erfolgen. Für solche maschinell erzeugten Dokumente gemäß dieser Ziffer 3.5 als auch für die Auftragsbestätigung und Annahme einer Bestellung per E-Mail durch den *Auftragnehmer* vereinbaren die Parteien, dass das Schriftformerfordernis gemäß dieser Ziffer 3 sowie Ziffer 16.3 als gewahrt gilt.

4 Übertragung von Rechten und Pflichten

Der *Auftraggeber* ist jederzeit berechtigt, die Rechte und Pflichten aus einem *Einzelvertrag* ganz oder teilweise auf ein verbundenes Unternehmen (§ 15 AktG) zu übertragen. Der *Auftragnehmer* stimmt vorgenannten Vertragsübertragungen im Voraus zu. Diese werden im Verhältnis zum *Auftragnehmer* wirksam, sobald der *Auftraggeber* dem *Auftragnehmer* die Übertragungen schriftlich mitgeteilt hat.

5 Leistungsrechte und Leistungspflichten

- 5.1 Der Leistungsumfang ergibt sich aus dem jeweiligen *Einzelvertrag*.
- 5.2 Der Leistungs-/Erfüllungsort wird in dem *Einzelvertrag* festgelegt. Fehlt eine Festlegung, so steht dem *Auftraggeber* das Recht zu, den Leistungs-/Erfüllungsort durch Erklärung gegenüber dem *Auftragnehmer* zu bestimmen.
- 5.3 Für die Erfüllung der geschuldeten *Leistungen* gelten die vertraglich vereinbarten, verbindlichen Termine (im Folgenden „*Leistungszeitpunkt*“ genannt) und Fristen (im Folgenden „*Leistungszeit*“ genannt). Vor Ablauf der verbindlich vereinbarten *Leistungszeit* ist der *Auftraggeber* nicht zur Abnahme verpflichtet. Der *Auftragnehmer* ist verpflichtet, den *Auftraggeber* unverzüglich zu informieren, wenn - unabhängig aus welchem Grund - eine Verzögerung der geschuldeten *Leistungen* absehbar ist. Die voraussichtliche Dauer der Verzögerung ist mitzuteilen.

- 5.4 Jede *Leistung* muss durch einen Leistungsnachweis (z.B. Tätigkeitsnachweis, Lieferbestätigung, Abnahmeerklärung) einschließlich Nennung der Bestellreferenz dokumentiert sein, der von einem autorisierten Mitarbeiter des *Auftraggebers* unterzeichnet oder mittels alternativer Prozesse des *Auftraggebers* (beispielsweise elektronische Workflow- und Freigabesysteme) freigegeben ist. Garantiescheine und Datenträger die zum Lieferumfang gehören, sind einem zuständigen Mitarbeiter des *Auftraggebers* persönlich zu übergeben.
- 5.5 Der *Auftragnehmer* hat eine Transportversicherung abzuschließen, die den Waren- bzw. Leistungswert abdeckt. Der *Auftragnehmer* tritt auf Wunsch des *Auftraggebers* im Schadensfall Forderungen gegenüber dem Versicherer an den *Auftraggeber* ab.
- 5.6 Die Lieferung von beweglichen Sachen erfolgt gemäß der DDP-Klausel („Delivered Duty Paid“) der Incoterms 2010. Der Bestimmungsort ist der Geschäftssitz des *Auftraggebers* oder eine andere vom *Auftraggeber* zu benennende Empfangsstelle.
- 5.7 Bei einem Kaufvertrag, der für *Auftraggeber* und *Auftragnehmer* ein Handelsgeschäft ist (§ 377 HGB), gilt: Der *Auftraggeber* hat die *Leistung* nach deren vollständiger Lieferung, spätestens innerhalb von zwei Wochen, zu untersuchen. Im Falle eines im Rahmen der Untersuchung festgestellten offenkundigen oder sonstigen Mangels hat der *Auftraggeber* bis zu zwei Wochen ab Feststellung Zeit diesen zu rügen. Ein verdeckter Mangel ist spätestens zwei Wochen nach dessen Entdeckung zu rügen.
- 5.8 Der *Auftragnehmer* ist verpflichtet, die Vorgaben des *Auftraggebers* unverzüglich zu überprüfen. Erkennt der *Auftragnehmer*, dass die Vorgaben des *Auftraggebers* fehlerhaft, unvollständig, nicht eindeutig oder objektiv nicht ausführbar sind, wird er dies und die ihm erkennbaren Folgen dem *Auftraggeber* unverzüglich schriftlich mitteilen und dem *Auftraggeber* Gelegenheit zur Korrektur oder Bestätigung dieser Vorgaben geben. Der *Auftragnehmer* wird derartige Vorgaben nur dann umsetzen, wenn diese Vorgaben nach der schriftlichen Information über vorgenannten mögliche Probleme in den Vorgaben an den *Auftragnehmer* vom *Auftraggeber* ausdrücklich bestätigt wurden.
- 5.9 Der *Auftragnehmer* berichtet dem *Auftraggeber* nach Vorgabe des *Auftraggebers* über den Fortschritt der *Leistung*. Der *Auftraggeber* behält sich das Recht vor, durch laufende Kontrollen diesen Fortschritt und die Einhaltung der Qualitätsstandards zu überprüfen.
- 5.10 Der *Auftragnehmer* erbringt seine *Leistungen* in Übereinstimmung mit gesetzlichen, insbesondere bankaufsichtlichen, Vorgaben und entsprechend dem Projekt- bzw. Leistungszweck zu dem im *Leistungszeitpunkt*/zur *Leistungszeit* angemessenen Standard.
- 5.11 Falls die Leistungen des Auftragnehmers aufgrund von Anforderungen bezüglich IT-Sicherheit, Vertraulichkeit, Verfügbarkeit von Daten oder anderen für die Leistungen wesentlichen Anforderungen in den Räumen des Auftraggebers und/oder unter Nutzung von IT Einrichtungen (Software, Systeme, Infrastruktur) des Auftraggebers erbracht werden, hat der Auftragnehmer hierbei die "Acceptable Use Policy - Sichere IT Nutzung" sowie etwaige weitere Nutzungsregeln insbesondere im Zusammenhang mit IT-Sicherheit des Auftraggebers zu beachten.

6 Erfüllungsgelhilfen, Subunternehmen, Mitarbeiter

- 6.1 Soweit zur Erbringung der *Leistungen* eine Tätigkeit von Erfüllungsgelhilfen des *Auftragnehmers* in den Räumen des *Auftraggebers* erforderlich ist, wird der *Auftragnehmer* dem *Auftraggeber* rechtzeitig vor Beginn der Arbeitsaufnahme die Namen und Funktionen der Erfüllungsgelhilfen sowie den *Leistungszeitpunkt*/die *Leistungszeit* mitteilen. Während der Erbringung der *Leistungen* wird der *Auftragnehmer* alle zumutbaren Anstrengungen unternehmen, den Austausch von Erfüllungsgelhilfen, die für bestimmte Tätigkeiten oder Funktionen vorgesehen sind, zu vermeiden. Im Falle eines Austauschs wird gemäß Ziffer 6.2 verfahren.
- 6.2 Der *Auftraggeber* ist berechtigt, den Einsatz der Erfüllungsgelhilfen aus persönlichen, fachlichen und sicherheitsrelevanten Gründen zu verweigern. Im Falle eines Wechsels des Erfüllungsgelhilfen trägt der *Auftragnehmer* die Kosten für die Einarbeitung und Übergabe der vom zuvor eingesetzten Erfüllungsgelhilfen bearbeiteten oder zu bearbeitenden Aufgaben an den oder die übernehmenden Erfüllungsgelhilfen.
- 6.3 Die vollständige oder teilweise Übertragung von Rechten und Pflichten des *Auftragnehmers* auf andere Unternehmen oder der Einsatz von Subunternehmen bedürfen der vorherigen schriftlichen Zustimmung des *Auftraggebers*. Die Erteilung der Zustimmung lässt die Verantwortlichkeit und die Haftung des *Auftragnehmers* unberührt.
- 6.4 Der *Auftragnehmer* versichert, dass er die seit dem 16.08.2014 geltenden gesetzlichen Bestimmungen zum Mindestlohn (MiLoG) in seinen bestehenden Arbeitsverträgen umgesetzt hat und verpflichtet sich, die gesetzlichen Bestimmungen in zukünftigen Arbeitsverträgen zu wahren und seine Arbeitnehmer mindestens entsprechend der gesetzlichen Bestimmungen zu vergüten.
- 6.5 Der *Auftragnehmer* verpflichtet sich weiterhin, mit seinen derzeitigen und zukünftigen zur Leistungserbringung unter einem *Einzelvertrag* eingesetzten Subunternehmern eine der Ziffer 6.4 entsprechenden Regelung zur Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen zum Mindestlohn zu vereinbaren und versichert, dass er dafür Sorge tragen wird, dass seine Subunternehmer ebenfalls die Einhaltung des MiLoG versichern und bei Einsatz von weiteren Nachunternehmern eine ähnliche Verpflichtung abschließen werden.
- 6.6 Bei *Einzelverträgen* mit einer Laufzeit von mehr als 12 Monaten verpflichtet sich der *Auftragnehmer* zum mindestens jährlichen Nachweis an den *Auftraggeber* bzw. zur mindestens jährlichen Bestätigung gegenüber dem *Auftraggeber*, dass eine ordnungsgemäße Zahlung des Mindestlohns erfolgt. Bei *Einzelverträgen* mit einer Laufzeit von weniger als 12 Monate ist die einmalige Bestätigung gemäß Ziffer 6.4 ausreichend.

- 6.7 Im Falle eines Verstoßes des *Auftragnehmers* bzw. dessen Subunternehmern gegen die Bestimmungen des MiLoG und/oder gegen die Bestimmungen der Ziffern 6.5 und 6.6 steht dem *Auftraggeber* ein außerordentliches, fristloses Kündigungsrecht im Hinblick auf den zwischen dem *Auftragnehmer* und dem *Auftraggeber* geschlossenen *Einzelvertrag* zu.
- 6.8 Weiterhin stellt der *Auftragnehmer* den *Auftraggeber* von sämtlichen Ansprüchen des jeweils betroffenen Arbeitnehmers frei. Dies gilt entsprechend für Ansprüche sämtlicher Arbeitnehmer im Rahmen der Sub-/Nachunternehmerkette.

7 Rechte an den Leistungen

- 7.1 Die im Rahmen der vertragsgegenständlichen *Leistungen* entstehenden oder erworbenen urheberrechtlichen Nutzungsrechte, gewerblichen Schutzrechte und schutzrechtsähnlichen Rechtspositionen stehen dem *Auftraggeber* zu.
- 7.2 Sofern zwischen den Parteien einzelvertraglich die Rechte an der *Leistung* nicht speziell geregelt wurden, erwirbt der *Auftraggeber* vom *Auftragnehmer* ein einfaches, zeitlich unbefristetes, weltweites sowie unwiderrufliches Recht zur Nutzung der *Leistung*.
- 7.3 Das einfache Nutzungsrecht umfasst das Recht, das Nutzungsrecht auf ein mit dem *Auftraggeber* im Sinne des § 15 AktG verbundenes Unternehmen oder unter Aufgabe des eigenen Nutzungsrechtes an jeden beliebigen Dritten zu übertragen.
- 7.4 Der *Auftraggeber* erhält das ausschließliche und unwiderrufliche, zeitlich, räumlich und inhaltlich unbeschränkte Nutzungsrecht für alle Zwecke gewerblicher und nicht-gewerblicher Nutzung an den *Leistungen*, wenn und soweit dies einzelvertraglich vereinbart wurde oder die *Leistung* individuell für den *Auftraggeber* erstellt wurde oder der *Auftraggeber* dies nach der einschlägigen Verkehrssitte oder der Natur der Sache des zu Grunde liegenden Rechtsgeschäftes erwarten konnte.
- 7.5 Der *Auftraggeber* ist beim Vorliegen des ausschließlichen Nutzungsrechtes berechtigt, die *Leistung* zu bearbeiten oder zu verändern. Er ist auch ohne Zustimmung des *Auftragnehmers* berechtigt, Dritten Rechte im Umfang der Ziffer 7.3 und 7.4 ganz oder teilweise, entgeltlich oder unentgeltlich einzuräumen oder auf Dritte zu übertragen, ohne dass der *Auftragnehmer* an etwaigen Entgelten beteiligt wird. Insbesondere kann der *Auftraggeber* das Original oder Vervielfältigungsstücke der *Leistung* in jeder Form und unbegrenzt verkaufen, vervielfältigen, verbreiten, vermieten und verpachten.
- 7.6 Das ausschließliche Nutzungsrecht schließt auch die Übergabe sonstiger schriftlicher oder maschinenlesbarer Arbeitsergebnisse des *Auftragnehmers* an den *Auftraggeber*, insbesondere den Quellcode, den Objektcode und die Dokumentation von Software/Systemen/Datenbanken/Oberflächen sowie das Recht zur Ausübung aller vermögensrechtlichen Befugnisse an den vertragsgegenständlichen *Leistungen* ein.
- 7.7 Mit der Zahlung der im *Einzelvertrag* vereinbarten Vergütung sind alle Rechtseinräumungen endgültig abgegolten.

8 Rechte Dritter

- 8.1 Der *Auftragnehmer* garantiert, dass die *Leistungen* frei von Rechten Dritter erbracht werden, es sei denn im *Einzelvertrag* ist etwas anderes vereinbart.
- 8.2 Erfolgt die *Leistung* des *Auftragnehmers* zum Zwecke der Einräumung des ausschließlichen Nutzungsrechtes an dem Gegenstand für den *Auftraggeber*, so ist die Mitteilung des Quellcodes der *Leistung* durch den *Auftragnehmer* an Dritte nicht gestattet. Für den Fall, dass Dritte ein Recht zur Mitteilung oder sonstigen Nutzung des Quellcodes der *Leistung* haben, liegt eine Verletzung von Rechten Dritter durch den *Auftragnehmer* im Sinne dieser Ziffer 8. vor.
- 8.3 Wird die Verletzung von Rechten Dritter geltend gemacht, und werden die dem *Auftraggeber* zustehenden Rechte oder Nutzungsmöglichkeiten beeinträchtigt oder untersagt, so ist der *Auftragnehmer* innerhalb einer vom *Auftraggeber* hierfür gesetzten angemessenen Frist unbeschadet weiterer vertraglicher und/oder gesetzlicher Rechte des *Auftraggebers* verpflichtet, nach seiner Wahl entweder die vertraglichen *Leistungen* so abzuändern, dass sie aus dem Schutzbereich herausfallen, gleichwohl aber den vertraglichen Bestimmungen entsprechen, oder die Befugnis zu erwirken, dass die vertraglichen *Leistungen* uneingeschränkt und ohne zusätzliche Kosten für den *Auftraggeber* vertragsgemäß genutzt werden können.
- 8.4 Ist dem *Auftragnehmer* die vertraglich und/oder gesetzlich geregelte *Leistung* nicht möglich, hat er dies dem *Auftraggeber* unter Angabe der Gründe unverzüglich schriftlich mitzuteilen.
- 8.5 Der *Auftragnehmer* stellt den *Auftraggeber* bei der tatsächlichen oder vermuteten Verletzung von Rechten Dritter von jeglicher Inanspruchnahme durch Dritte frei und haftet für eventuelle Folgen beim *Auftraggeber*.

9 Kündigung

- 9.1 Der *Auftraggeber* kann einen Vertrag mit dem *Auftragnehmer*, insbesondere einen Werk-, Miet-, Dienstleistungs-, Wartungs- oder Pflegevertrag mit einer Frist von 14 Kalendertagen ordentlich kündigen. Der *Auftragnehmer* hat einen Vergütungsanspruch bis zur Vertragsbeendigung. Für die vom *Auftragnehmer* nach der Vertragsbeendigung erbrachten *Leistungen* entfällt der Abnahme- und Vergütungsanspruch des *Auftragnehmers*. Im Falle der Kündigung eines Werkvertrages erhält der *Auftragnehmer* neben der Vergütung bis zur Vertragsbeendigung als abschließende Entschädigungszahlung für den weiteren Vergütungsverlust pauschal fünf vom Hundert

(5%) die auf den noch nicht erbrachten Teil der Werkleistung entfallenden vereinbarten Vergütung. Der *Auftragnehmer* soll zum Kündigungstermin eine Schlussrechnung stellen.

- 9.2 Der *Auftragnehmer* kann Dienstleistungsverträge, deren *Leistungszeit* mindestens sechs (6) Monate beträgt, mit einer Frist von drei (3) Monaten ordentlich kündigen.
- 9.3 Die ordentliche Kündigung von Dienstleistungsverträgen mit kürzerer *Leistungszeit* als sechs (6) Monaten und von Werkverträgen durch den *Auftragnehmer* ist ausgeschlossen.
- 9.4 Das beiderseitige Recht zur außerordentlichen Kündigung aus wichtigem Grund bleibt unberührt.

10 Verzug

- 10.1 Der *Auftragnehmer* gerät ohne weitere Mahnung in Verzug, wenn er seine *Leistungen* nicht zu dem vereinbarten *Leistungszeitpunkt*/zur vereinbarten *Leistungszeit* vertragsgemäß erbringt, es sei denn, die *Leistung* verzögert sich in Folge eines Umstandes, den er nicht zu vertreten hat.
- 10.2 Gerät der *Auftragnehmer* mit einer *Leistung* in Verzug, so kann der *Auftraggeber* für jede angefangene Woche des Verzuges eine Vertragsstrafe in Höhe von 1%, insgesamt jedoch höchstens 5% der Vergütung für die *Leistung* verlangen, mit der der *Auftragnehmer* in Verzug ist. Weitergehende vertragliche oder gesetzliche Rechte des *Auftraggebers*, insbesondere auf Ersatz seines Verzugsschadens bleiben durch die Verwirkung und Zahlung der Vertragsstrafe unberührt.

11 Zahlungsbedingungen

- 11.1 Es gelten die im *Einzelvertrag* vereinbarten Preise. Alle Preise sind Endpreise zzgl. gesetzlich geltender MwSt. Ohne *Einzelvertrag* werden erbrachte *Leistungen* des *Auftragnehmers* nicht vergütet.
- 11.2 Die Vergütung ist bei vollständiger, mangelfreier *Leistung* sowie Vorlage eines gültigen Leistungsnachweises innerhalb von 30 Tagen nach Zugang einer ordnungsgemäßen Rechnung zur Zahlung fällig.
- 11.3 Alle Rechnungen müssen den nachfolgenden Anforderungen des *Auftraggebers* und den gesetzlichen Anforderungen an die Rechnungsstellung entsprechen. Rechnungen mit unvollständigen Angaben können unter Umständen nicht verarbeitet werden und gelten als nicht gestellt. Rechnungszweitschriften sind als Duplikate zu kennzeichnen.

Beauftragender	
Alle Fachbereiche der Deutsche Pfandbriefbank AG oder der verbundenen Unternehmen mit Ausnahme des Fachbereich IT der Deutsche Pfandbriefbank AG.	Fachbereich IT der Deutsche Pfandbriefbank AG
Rechnungsempfänger	
Deutsche Pfandbriefbank AG Invoice Management & Payments Freisinger Straße 5 85716 Unterschleißheim	Deutsche Pfandbriefbank AG Invoice Management & Payments / IT Freisinger Straße 5 85716 Unterschleißheim
Angaben	
<ul style="list-style-type: none"> • Bestellnummer: POxxx oder Cxx-Rxx oder Cxx-CWxxxxxx-Rxx • Vertragsnummer: CWxxx oder Cxxx • Leistungsbeschreibung • Ansprechpartner der beauftragenden Fachabteilung <p><u>Bei Projekten zusätzlich, falls auf der Bestellung angegeben</u></p> <ul style="list-style-type: none"> • Projektnummer <p><u>Bei Dienstleistungen zusätzlich</u></p> <ul style="list-style-type: none"> • Abrechnungsmonat (= Kalendermonat) • Name des Leistungserbringers • Separate Ausweisung von Reisekosten, wenn vertraglich vereinbart 	
Anlagen	
<ul style="list-style-type: none"> • Zeitrachweis mit Unterschrift des Leistungserbringers und des Ansprechpartners in der Fachabteilung der Deutschen Pfandbriefbank AG • ggfs. Reisekostenbelege falls lt. <i>Einzelvertrag</i> abrechnungsfähig 	
Hinweis	
Pro Rechnung kann jeweils nur ein Projekt und ein Abrechnungsmonat abgerechnet werden. Auf dieser Rechnung können jedoch mehrere Leistungserbringer aufgelistet sein. Pro Leistungserbringer ist dann der Rechnung ein eigener Zeitrachweis als Anlage anzufügen.	

- 11.4 Durch Bezahlung der Rechnungen wird weder auf die Rechte aus etwaigen Leistungsstörungen verzichtet noch ein Anerkenntnis erklärt, dass die *Leistung* bestellt, vollständig oder frei von Mängeln ist.
- 11.5 Der *Auftragnehmer* ist nicht berechtigt, Ansprüche gegen den *Auftraggeber* an Dritte abzutreten; § 354a HGB bleibt unberührt. Eine Aufrechnung des *Auftragnehmers* gegenüber dem *Auftraggeber* ist nur zulässig, wenn die Gegenforderung rechtskräftig festgestellt oder vom *Auftraggeber* nicht bestritten ist.
- 11.6 Im Falle eines Zahlungsverzuges des *Auftraggebers* beträgt der Verzugszinssatz fünf Prozentpunkte über dem jeweiligen Basiszinssatz.
- 11.7 Mit Ausnahme der gesetzlich geltenden MwSt. trägt der *Auftragnehmer* alle sonstigen gesetzlichen Abgaben und Steuern, die im Zusammenhang mit den *Leistungen* aus dem *Einzelvertrag* anfallen.
- 11.8 Soweit der *Auftraggeber* entsprechend den Regelungen des deutschen Steuerrechts im Rahmen des Quellensteuerabzugs zur Einbehaltung und Abführung von Steuern verpflichtet ist, wird er den entsprechenden Quellensteuerbetrag einbehalten und im Namen und für Rechnung des *Auftragnehmers* an das Bundeszentralamt für Steuern abführen.

Durch die Zahlung des um den Quellensteuerbetrag geminderten Vergütungsbetrages und Zahlung des Quellensteuerbetrages an das Bundeszentralamt für Steuern wird die Zahlungsverpflichtung aus dem *Einzelvertrag* gegenüber dem *Auftragnehmer* erfüllt. Der *Auftraggeber* erteilt dem *Auftragnehmer* eine Bescheinigung über die einbehaltene und abgeführte Steuer nach amtlichem Vordruck.

Wenn und soweit deutsche Steuern nach einem in Kraft befindlichen Doppelbesteuerungsabkommen zwischen dem Ansässigkeitsstaat des *Auftragnehmers* und der Bundesrepublik Deutschland nicht zu erheben sind, wird der *Auftraggeber* die Steuern dennoch einbehalten und abführen, solange nicht spätestens zum Zeitpunkt der Zahlung der Vergütung eine gültige Freistellungsbescheinigung im Original dem *Auftraggeber* vorgelegt wurde.

- 11.9 Sollte aufgrund von gesetzlichen Bestimmungen der *Auftraggeber* verpflichtet sein, andere Steuern und Abgaben einzubehalten, zahlt der *Auftraggeber* die entsprechenden Rechnungsbeträge abzüglich dieser einbehaltenen Steuern und Abgaben unter analoger Anwendung, soweit rechtlich möglich, der Vereinbarungen in Ziffer 11.8.

12 Haftung

- 12.1 Für (a) Schäden durch Vorsatz oder grobe Fahrlässigkeit, (b) Personenschäden, (c) Schäden aufgrund des Bruches der Vertraulichkeit, (d) Schäden aufgrund arglistiger Täuschung oder (e) Schäden durch Verletzung von Garantien haften die Parteien unbeschränkt gemäß den gesetzlichen Bestimmungen.
- 12.2 Für Schäden, bei denen gesetzliche Bestimmungen zwingend die Haftung regeln, gelten diese gesetzlichen Bestimmungen.
- 12.3 Für Sach- und Vermögensschäden aufgrund leichter Fahrlässigkeit haften die Parteien bis zu 1.000.000€ pro Schadensfall und maximal bis zu 2.500.000€ pro Kalenderjahr. Im *Einzelvertrag* können höhere Haftungsgrenzen für den jeweiligen *Einzelvertrag* vereinbart werden.
- 12.4 In allen übrigen Fällen haften die Parteien gemäß den gesetzlichen Bestimmungen.

13 Versicherung

- 13.1 Der *Auftragnehmer* unterhält während der Zusammenarbeit mit dem *Auftraggeber* eine Haftpflichtversicherung für Personen-, Sach- und Vermögensschäden. Die erforderliche Mindestdeckung beträgt mindestens 1.500.000,-- EUR pro Schadensfall und mindestens 2.500.000,-- EUR pro Kalenderjahr, sofern im *Einzelvertrag* nicht etwas anderes schriftlich vereinbart wird.
- 13.2 Auf Verlangen des *Auftraggebers* hat der *Auftragnehmer* dem *Auftraggeber* eine entsprechende Versicherungsbestätigung vorzulegen.

14 Informationen, Vertraulichkeit, Prüfungsrecht

- 14.1 Die Vertragsparteien verpflichten sich, alle im Rahmen der Zusammenarbeit erhaltenen Informationen über den Vertragspartner unbefristet geheim zu halten und vertraulich zu behandeln. Das gilt neben den betrieblichen Organisationsabläufen und dem Bankgeheimnis besonders für alle Informationen, die als vertraulich bezeichnet werden oder als Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse erkennbar sind. Ausgenommen von der Geheimhaltungspflicht sind Informationen, welche sich zum Zeitpunkt der Zur-Verfügung-Stellung durch die eine Vertragspartei bereits im rechtmäßigen Besitz der anderen Vertragspartei befinden, offenkundig sind oder rechtmäßig von Dritten erlangt wurden. Die Vertragspartei, die sich auf eine solche Ausnahme beruft, trägt die Beweislast für das Vorliegen dieser Ausnahme.
- 14.2 Der *Auftragnehmer* ist verpflichtet, dem *Auftraggeber* spätestens bei Beendigung des Auftrags die überlassenen Unterlagen einschließlich Schriftstücke, Disketten, CD-ROMs, sonstigen Speichereinheiten und Ähnliches zu übergeben. Auf Anweisung des *Auftraggebers* zu entsorgende Unterlagen sind mit einem Aktenvernichter nach DIN 66399 mindestens Stufe 3 unleserlich zu machen.
- 14.3 Der *Auftragnehmer* stellt sicher, dass er im Rahmen der Erfüllung der Verträge keine Handlungen vornimmt, die gegen vereinbarte oder gesetzliche Datenschutzbestimmungen, insbesondere gegen das Bundesdatenschutzgesetz (BDSG), oder Geschäfts- und Bankgeheimnisse verstoßen. Der *Auftragnehmer* verpflichtet sich seine Erfüllungsgehilfen, die für den *Auftraggeber* tätig werden, zur Wahrung der Geschäfts- und Bankgeheimnisse sowie der

Datenschutzbestimmungen nach Maßgabe des anwendbaren Rechtes, insbesondere gemäß § 5 BDSG zu verpflichten und weist sie auf die Strafbarkeit von Verstößen hin. Dem *Auftragnehmer* ist es insbesondere untersagt, geschützte personenbezogene Daten unbefugt zu einem anderen als zu dem zur jeweiligen rechtmäßigen Aufgabenerfüllung gehörenden Zweck zu verarbeiten, bekannt zu geben, zugänglich zu machen oder sonst zu nutzen. Die Verpflichtung zur Wahrung der Datenschutzbestimmungen und der Geschäfts- und Bankgeheimnisse besteht auch nach Beendigung der Zusammenarbeit fort.

- 14.4 Der *Auftragnehmer* räumt allen Beauftragten des *Auftraggebers*, insbesondere dessen Revision und betrieblichen Datenschutzbeauftragten, die erforderlichen Prüfungsrechte und Kontrollmöglichkeiten beim *Auftragnehmer*, insbesondere nach KWG, MaRisk und BDSG, ein und erteilt ansonsten im Rahmen der *Leistung* alle erforderlichen Auskünfte. Dies beinhaltet auch die Pflicht des *Auftragnehmers* bekannte oder drohende Interessenkonflikte, die insbesondere durch Vertragsbeziehungen zu Organen oder Mitarbeitern des *Auftraggebers* entstehen, gegenüber dem *Auftraggeber* offen zu legen.
- 14.5 Dem *Auftragnehmer* ist es untersagt, ohne vorherige schriftliche Zustimmung des *Auftraggebers* über den Bestand der Vertragsbeziehung mit dem *Auftraggeber* Erklärungen gegenüber Dritten abzugeben.
- 14.6 Der *Auftragnehmer* verpflichtet sich gegenüber dem *Auftraggeber* dessen Verpflichtungserklärung zur Wahrung des Daten-, Fernmelde-, Bank- und Geschäftsgeheimnisses schriftlich anzuerkennen.

15 Vertragsbeendigung

Der *Auftragnehmer* wird den *Auftraggeber* nach Vertragsbeendigung auf Anfrage im erforderlichen Umfang und gegen eine der bisherigen Geschäftsbeziehung entsprechenden angemessenen Vergütung dabei unterstützen, die vertraglichen *Leistungen* selbst zu übernehmen oder von einem Dritten übernehmen zu lassen. Nach Vertragsbeendigung übergibt der *Auftragnehmer* dem *Auftraggeber* erforderliche und aktualisierte Dokumentationen, wie z.B. Betriebshandbücher, in elektronischer Form und als Hardcopy.

16 Sonstige Vereinbarungen

- 16.1 Anwendbares Recht ist ausschließlich das Recht der Bundesrepublik Deutschland unter Ausschluss des UN-Kaufrechts (CISG).
- 16.2 Gerichtsstand für alle Streitigkeiten ist München.
- 16.3 Alle Änderungen oder Ergänzungen dieser AGB oder eines *Einzelvertrages* bedürfen zu ihrer Wirksamkeit der Schriftform. Dies gilt auch für die Änderung dieser Klausel.
- 16.4 Die Übermittlung einer Kopie rechtsverbindlich unterzeichneter Erklärungen per Fax oder als Anhang (PDF, TIF oder JPG) per E-Mail ersetzt jeweils die Schriftform.
- 16.5 Sollten eine oder mehrere Bestimmungen dieses Vertrages ganz oder teilweise nichtig oder undurchführbar sein, so bleiben die übrigen Bestimmungen des Vertrages hiervon unberührt. Die Parteien verpflichten sich, eine nichtige oder undurchführbare Bestimmung durch eine ihrer wirtschaftlichen Zielsetzung am nächsten kommende Regelung zu ersetzen.

Besondere Bedingungen für den Einkauf von Werkleistungen (einschließlich Individual-Software)

17 Leistungsänderung (Change Request)

- 17.1 Der *Auftragnehmer* wird Änderungsvorschläge des *Auftraggebers* unverzüglich annehmen oder ablehnen.
- 17.2 Lehnt der *Auftragnehmer* einen Änderungsvorschlag des *Auftraggebers* ab, so wird der *Einzelvertrag* zu den ursprünglich vereinbarten Bedingungen zu Ende geführt.
- 17.3 Der *Auftragnehmer* ist berechtigt, dem *Auftraggeber* nachgewiesene Mehrkosten einer beauftragten *Leistungsänderung* in Rechnung zu stellen, sofern der *Auftragnehmer* den *Auftraggeber* vor der Beauftragung schriftlich über die Mehrkosten, insbesondere deren Grund und Höhe, informiert hat. Die Mehrkosten werden im Verhältnis zur ursprünglichen *Leistung* auf Basis der vereinbarten Entgelte bestimmt.
- 17.4 Sämtliche Dokumentationen und Unterlagen, wie z. B. das Feinkonzept oder Anwenderhandbücher werden vom *Auftragnehmer* bei Ausführung der Änderung entsprechend angepasst, falls nicht der *Auftraggeber* für den Inhalt der Dokumentationen verantwortlich ist.

18 Fertigstellung und Abnahme

- 18.1 Der *Auftragnehmer* wird dem *Auftraggeber* die Fertigstellung der Leistung unverzüglich schriftlich anzeigen. Eine Fertigstellung der *Leistung* setzt insbesondere die vollständige Lieferung am Erfüllungsort voraus.
- 18.2 Die Abnahme der *Leistung* ist nur wirksam, wenn sie schriftlich vom *Auftraggeber* durch Unterzeichnung eines Abnahmeprotokolls erteilt wird. Eine konkludente Abnahme, etwa durch den Gebrauch der *Leistung*, wird ausgeschlossen.
- 18.3 Bei der Anfertigung, Erweiterung oder Änderung von Softwareprodukten stellt der *Auftragnehmer* dem Projektleiter oder einem von diesem bestimmten Mitarbeiter des *Auftraggebers* zum vereinbarten Termin die in der Leistungsbeschreibung festgelegten Leistungsergebnisse zur Verfügung. Dies schließt insbesondere die Quellcodes und al-

le in diesem Zusammenhang benötigten weiteren Programmteile des dazugehörigen Datenmodells, eine detaillierte Verfahrensbeschreibung der Benutzer-, Administrations- und Installationsdokumentation und die Beschreibung der Oberflächengestaltung incl. der entsprechenden Quellen, der Entwicklungsumgebung sowie der Schnittstellen ein.

18.4 Sollten an der *Leistung* Mängel festgestellt werden, so gelten die nachfolgenden Regelungen:

Fehlerklasse 1: Mängel der Klasse 1 sind Mängel, die den vertraglich vorausgesetzten Gebrauch des Vertragsgegenstands oder wesentlicher Teile hiervon ausschließen oder erheblich einschränken.

Fehlerklasse 2: Mängel der Klasse 2 sind Mängel, die den vertraglich vorausgesetzten Gebrauch von Teilen des Vertragsgegenstands zwar mehr als nur unerheblich einschränken, jedoch nicht vollständig ausschließen und den Gebrauch der übrigen Teile des Vertragsgegenstands nicht berühren.

Fehlerklasse 3: Mängel der Klasse 3 sind Mängel, die den vertraglich vorausgesetzten Gebrauch von Teilen des Vertragsgegenstands zwar geringfügig einschränken, jedoch den Gebrauch der übrigen Teile des Vertragsgegenstands nicht berühren.

18.5 Die Abnahme der *Leistung* ist bei Vorliegen von Mängeln der Fehlerklasse 1 ausgeschlossen.

18.6 Die Abnahme der *Leistung* findet beim Vorliegen eines Mangels der Fehlerklasse 2 nur statt, wenn keine weiteren Mängel der Klasse 2 oder 3 vorliegen.

18.7 Die Abnahme der *Leistung* findet trotz Vorliegen von Mängeln der Fehlerklasse 3 statt, es sei denn, es liegen mehr als zwei Mängel vor.

18.8 Der *Auftraggeber* ist auch nach erfolgter Teilabnahme weiterhin zum Rücktritt vom gesamten Vertrag berechtigt.

18.9 Die Abnahme der *Leistung* trotz bekannter Mängel begründet keinen Verzicht auf Rechte aus Mängelhaftung bezüglich dieser Mängel, auch wenn Rechte aus Mängelhaftung bzw. ein Vorbehalt nicht ausdrücklich im Abnahmeprotokoll oder in sonstiger Weise festgehalten bzw. eingefordert wurde.

18.10 Sämtliche Zahlungen des *Auftraggebers* an den *Auftragnehmer* vor Abnahme der *Leistung* gelten als Abschlagszahlungen, die im Falle eines endgültigen Scheiterns der Abnahme an den *Auftraggeber* zurückzuzahlen sind.

Besondere Bedingungen für den Einkauf von Dienstleistungen

19 Abrechnung der Leistungen

19.1 Soweit im *Einzelvertrag* nichts Anderes für die Vergütung der *Leistung* des *Auftragnehmers* vereinbart ist, findet eine Vergütung nach Tagessätzen statt.

19.2 Bei einer Vergütung nach Tagessätzen entspricht ein (1) Leistungstag mindestens acht (8) Stunden ohne Pausen. Ausnahmsweise kann hierbei auch ein (1) Leistungstag mit mindestens fünf (5) Stunden ohne Pause mit einem vollen Tagessatz abgerechnet werden, soweit die Differenz zu acht (8) Stunden innerhalb von sieben (7) Kalendertagen ausgeglichen wird.

19.3 Bei einer Vergütung nach Stundensätzen werden vollständig geleistete fünfzehn (15) Minuten-Blöcke anteilig mit 25% des Stundensatzes vergütet. Falls ausdrücklich im *Einzelvertrag* oder in einem Rahmenvertrag die Vergütung nach Stunden vereinbart wurde, jedoch im *Einzelvertrag* ein Tagessatz angegeben ist, wird als Stundensatz 11,5% des Tagessatzes angenommen.

19.4 Die Angabe der *Leistungszeit* (Anzahl von Tagen bzw. Stunden) im *Einzelvertrag* entspricht der maximal beauftragten und abrechenbaren *Leistungszeit* zur Erfüllung der vereinbarten Dienstleistungen. Es wird nur die tatsächlich zur Erbringung der vereinbarten Dienstleistung geleistete *Leistungszeit* in Tagen bzw. Stunden zu den vereinbarten Tages- bzw. Stundensätzen vergütet, auch wenn die beauftragte *Leistungszeit* die tatsächliche *Leistungszeit* übersteigt. Entsprechendes gilt, wenn anstatt einer *Leistungszeit* nur eine maximale Vergütung im *Einzelvertrag* vereinbart wurde.

20 Reise- und Übernachtungskosten, Spesen

20.1 Reisezeiten von, zu und an dem Leistungsort/ Erfüllungsort werden nicht separat vergütet, es sei denn, dies ist explizit im *Einzelvertrag* vereinbart.

20.2 Sonstige Spesen und/oder Reisekosten werden nur separat vergütet, wenn dieses explizit im *Einzelvertrag* vereinbart ist.

20.3 Für den Fall, dass die Zahlung von Spesen, Reisekosten und/oder Reisezeiten im *Einzelvertrag* vereinbart wird, so gilt für Erstattungen die entsprechende Reisekostenrichtlinie des *Auftraggebers*.

21 Verschiebung und Änderung der Leistungszeit

Eine Verschiebung bzw. Änderungen der *Leistungszeit* können *Auftraggeber* und *Auftragnehmer* einvernehmlich schriftlich oder per E-Mail vereinbaren.

Besondere Bedingungen für den Softwarekauf (Standard-Software)

22 Einräumung von Rechten

- 22.1 Der *Auftragnehmer* räumt dem *Auftraggeber* mit Lieferung der Software ein einfaches Nutzungsrecht entsprechend der vorstehenden Regelungen 7.1 bis 7.3 an der Software einschließlich deren Updates und Upgrades ein. Diese Nutzung umfasst ausdrücklich auch die vertragsgemäße netzwerkgestützte Vervielfältigung und den Einsatz auf miteinander vernetzten Systemen der mit dem *Auftraggeber* verbundenen Unternehmen (§ 15 AktG). Ausdrücklich wird dem *Auftraggeber* das Recht eingeräumt, Software auf zukünftige IT-Systeme zu überspielen. Die weitere Vervielfältigung der Software, insbesondere zur Installation oder zu Sicherungs- oder Archivierungszwecken, sowie der dazugehörigen Dokumentation, ist unbeschränkt zulässig.
- 22.2 Das Nutzungsrecht umfasst ausdrücklich die Nutzung der Software durch Dritte, die im Auftrag des *Auftraggebers* und für Zwecke des *Auftraggebers* tätig sind.
- 22.3 Zum Lieferumfang gehört ein Datenträger, auf dem die erworbene Software gespeichert ist. Zudem ist der *Auftragnehmer* verpflichtet, dem *Auftraggeber* Dokumentationen zur Software, insbesondere Gebrauchsanleitungen und Administratorenhandbücher, auszuliefern.
- 22.4 Der *Auftraggeber* ist berechtigt, die überlassene Software auf beliebigen EDV-Systemen, einschließlich Netzwerksystemen, die auch in dritten Unternehmen lokalisiert sein können, etwa beim Outsourcing oder Hosting, zum Zwecke des Betriebs gemäß Ziffern 22.1 bis 22.3 zu nutzen.
- 22.5 Unbeschadet der vorstehenden Regelungen, behält der *Auftragnehmer* alle Rechte an der Software. Hiervon unberührt ist aber das Eigentum des *Auftraggebers* an den übergebenen Gegenständen, wie z.B. maschinenlesbaren Aufzeichnungsträgern, Sicherheitskopien, Datenspeichern und der zur Nutzung der Software erforderlichen Dokumentation.

23 Wartungsangebot und Quellcodehinterlegung

- 23.1 Der *Auftragnehmer* hat auf Anforderung des *Auftraggebers* ein Angebot zu unterbreiten, um für einen Mindestzeitraum von 5 Jahren ab Lieferung der Software und einer ordentlichen 6-monatigen Kündigungsfrist für den *Auftraggeber* einen Wartungsservice, einschließlich Softwarepflege (Lieferung von Updates und Upgrades), Fehlerbeseitigung und telefonische Unterstützung zumindest während der lokalen Geschäftszeiten des *Auftraggebers* für alle Softwarelieferungen zu wirtschaftlich angemessenen Konditionen und Bedingungen zu leisten.
- 23.2 Der *Auftragnehmer* muss auf Verlangen des *Auftraggebers* den Quellcode der Software und dazugehörige Entwicklungsdokumentation bei einem anerkannten Treuhänder ("Escrow Agent") auf Kosten des *Auftraggebers* hinterlegen. Die Bedingungen und Konditionen der Hinterlegungsvereinbarung müssen die Herausgabe des Quellcodes an den *Auftraggeber* vorsehen, wenn der *Auftragnehmer* insolvent wird oder die Wartung für die entsprechend gelieferte Software einstellt. Dem *Auftraggeber* soll in diesem Fall erlaubt sein, die herausgegebene Software für jeden Zweck nach eigener Entscheidung zu nutzen.

The following English version of the foregoing German general terms and conditions ("Allgemeinen Geschäftsbedingungen für den Einkauf von Leistungen") is a courtesy translation and for information only. Legally binding is only the German version of the „Allgemeinen Geschäftsbedingungen für den Einkauf von Leistungen“.

1 General

- 1.1 These General Terms and Conditions ("GTC") shall apply to all deliveries of goods and/or performance of services ordered (hereinafter "Services and Deliveries") by Deutsche Pfandbriefbank AG or by any entity related to it pursuant to Sec. 15 German Stock Companies Act (AktG) (hereinafter referred to as „Company“), insofar as the Supplier is an entrepreneur (Sec. 14 German Civil Code) (hereinafter referred to as "Supplier").
- 1.2 These GTC shall apply exclusively to the Services and Deliveries provided in each individual case. Any applicable use of general terms and conditions of the Supplier is excluded.
- 1.3 These GTC shall also apply to any subsequent orders in their then-current version even if these are not expressly referred to by the Company at the time when the order is placed.

2 Contract Scope

The scope of the contract is the delivery of goods to and/ or performance of services for the Company by the Supplier. The specific services to be performed and delivered are specified in a separate agreement between the contracting parties (hereinafter referred to as „Individual Contract“).

3 Conclusion of the Contract

- 3.1 An Individual Contract between the Company and the Supplier is concluded, if (i) the Company accepts in writing the services offered by the Supplier or (ii) the Supplier accepts the written order of the Company with a written acknowledgment of order or the Supplier accepts the written order of the Company by providing related services or starting delivery .
- 3.2 The period of acceptance is two (2) weeks, respectively.
- 3.3 If the Supplier's acknowledgement of order has not been received by the Company within two (2) weeks after receipt of the order by the Supplier, the Company is authorized to cancel the order free of charge within two weeks after the acknowledgment of order was received.
- 3.4 Any agreement by means of a commercial letter of confirmation is excluded.
- 3.5 Automatically created documents, which are created by automated order systems or ERP systems, shall be considered equal to written statements, to a written order or written acknowledgement according to paragraph 3.1. Such statements, orders or acknowledgements are marked with "Dieses Dokument ist maschinell erzeugt und enthält daher keine Unterschrift." or "This document was created automatically and hence bears no signature". The distribution of such automatically created documents may happen through the software itself or via email with the document attached as file in PDF format. For such documents as well as for the acknowledgement of orders via email from the Supplier the requirement of written form according to this paragraph 3 and paragraph 16.3. shall be considered fulfilled.

4 Transfer of Rights and Duties

The Company is entitled at any time to transfer all or part of the rights and duties resulting from an Individual Contract to a related entity (Sec. 15 AktG). The Supplier agrees in advance to the afore-mentioned transfers of contract. These become effective in the relationship with the Supplier as soon as the Company has notified the Supplier of the transfer in written form.

5 Performance Rights and Performance Duties

- 5.1 The scope of services to be delivered by the Supplier is defined in the relevant Individual Contract.
- 5.2 The place of performance and delivery is defined in the Individual Contract. If such a definition is missing, the Company is entitled to determine the place of performance in a declaration to the Supplier.
- 5.3 The contractually agreed and binding deadlines and schedules (hereinafter referred to as "Time of Performance") shall apply for the performance of the agreed services (hereinafter referred to as "Performance Period"). The Company is not obliged to accept the performance before the expiry of the binding performance period. The Supplier is obliged to inform the Company promptly, if – for whichever reason – a delay of the performance owed is foreseeable. The presumed duration of delay has to be advised.
- 5.4 Each Service and Delivery shall be documented by delivery statement (e.g. timesheet, confirmation of delivery or acceptance protocol) which must include the Company's Contract reference and must be signed by an authorized employee of the Company or approved through alternative processes of the Company (for example, electronic workflow and release systems). Certificates of warranty and data carriers which form part of the scope of delivery are to be handed over personally to a designated employee of the Company.
- 5.5 The Supplier has to take out transport insurance covering the value of the goods or performance. In the event of damage the Supplier shall, at the request of the Company, assign its claims against the insurer to the Company.

- 5.6 The delivery of movable goods takes place according to the DDP Clause („Delivered Duty Paid“) of Incoterms 2010. The place of destination is the location of the headquarters of the Company or another place of delivery to be named by the Company.
- 5.7 For a purchase contract, which constitutes a commercial transaction for the Company and the Supplier (Sec. 377 HGB, German Commercial Code), the following applies: The Company has to inspect the goods after its complete delivery has taken place, at the latest within two weeks. In the case of any apparent or other defect detected in the course of such inspection, the Company has to notify the Supplier about such within a period of up to two weeks as of assessment thereof. Any hidden defect has to be complained about within two weeks after its discovery, at the latest.
- 5.8 The Supplier has to scrutinize any instructions of the Company immediately. If the Supplier recognizes that the instructions of the Company are incorrect, incomplete, unclear or objectively impossible to be carried out, it shall, immediately and in written form, notify the Company hereof and the consequences it foresees and give the Company the opportunity to correct or confirm these instructions. The Supplier shall only effect such instructions, if, after the Company has been informed in writing of possible problems in the specifications, these instructions have expressly been confirmed by the Company.
- 5.9 As far as the Company requires, the Supplier reports to the Company progress details of the service. The Company reserves the right to monitor the progress as well as compliance with quality standards by means of ongoing checks.
- 5.10 Supplier shall provide all services in accordance with all applicable legal requirements, especially the regulatory requirements for the financial industry, while observing all standards appropriate for the project and/or purpose of performance and applying at the point of time of performance/in the performance period.
- 5.11 In case that the provision of Services and Deliveries is required in the offices of the Company and/or by using IT infrastructure (software, systems) of Company due to requirements of IT security reasons, confidentiality, availability of data or other essential requirements for the Services, the Supplier has to accept the “acceptable use policy – Sichere IT Nutzung“ and other Company IT security policies.

6 Vicarious agents, Subcontractors, Supplier’s Staff

- 6.1 To the extent that for the provision of Services and Deliveries the activity of the Supplier’s vicarious agents, is required on the premises of the Company, the Supplier shall inform the Company of the names and functions of Supplier’s vicarious agents and of the time of performance/performance period in due time before work is commenced. While providing the services, Supplier will apply all reasonable efforts to avoid any exchange of vicarious agents designated to fulfill specific tasks or functions. In the event of any change, paragraph 6.2 shall apply.
- 6.2 The Company is entitled to reject any assignment of Supplier’s vicarious agents for personal or other reasons which are related to skill or security. In the event of a change of Supplier’s vicarious agents, the Supplier has to bear the costs for training the Supplier’s vicarious agents taken over, as well as for the transfer of the tasks which were or were to be executed by the Supplier’s previous vicarious agents. .
- 6.3 The full or partial transfer of rights and duties of the Supplier to other entities or the use of subcontractors require the prior written consent of the Company. The granting of consent does not affect any responsibilities or liabilities of the Supplier.
- 6.4 The Supplier warrants that the Supplier has implemented all legal requirements related to the minimum wage (*Mindestlohn*) (as per the German Mindestlohngesetz - MiLoG -, in force since 16.08.2014) in all existing employment contracts and is committed to uphold the law in future employment contracts. The Supplier warrants to pay its employees at least in accordance with the statutory provisions.
- 6.5 The Supplier undertakes furthermore to make appropriate arrangements with its current and future subcontractors which deliver services under an Individual Contract to comply with the statutory provisions on minimum wages (according to section 6.4). Further, the Supplier ensures that its subcontractors also comply with the provisions of the MiLoG and will conclude a similar undertaking with its subcontractors.
- 6.6 For Individual Contracts with a term of more than 12 months, the Supplier is obliged to at submit least annual proof to the Company or to render a minimum annual confirmation to the Company that a proper payment of the minimum wages takes place. For Individual Contracts with a term of less than 12 months, the one-time confirmation in accordance with section 6.4 is sufficient.
- 6.7 In the event of a breach of the statutory provisions of the MiLoG or the provisions of sections 6.5 and 6.6 by the Supplier or their Subcontractors, the Company has an extraordinary termination right with regard to the Individual Contract.
- 6.8 Furthermore, the Supplier shall indemnify the Company against any claims of the respective employee concerned. The same applies to claims of all employees under any subcontract.

7 Rights to Service and Delivery

- 7.1** The Company is entitled to the copyright, rights of use, industrial property rights and similar legal positions which have arisen from or have been acquired through the provision of Contractual Services or other services and deliveries.
- 7.2** Except as otherwise provided in the Individual Contract, the Company shall have a non-exclusive, perpetual, worldwide as well as irrevocable right to use all results of the Services and Deliveries (hereafter collectively referred to as "Services and Deliveries").
- 7.3** The non-exclusive right of use includes the right to transfer the right of use to any entity related to the Company pursuant to Sec. 15 AktG or, by abandoning its own right of use, to any third party.
- 7.4** The Company obtains the exclusive, irrevocable, perpetual und otherwise unlimited right of use, for all purposes of commercial and non-commercial use of the Services and Deliveries, if and to the extent that this has been agreed in an Individual Contract, or if the Services and Deliveries were created individually for the Company, or if the Company can expect this right of use according to the recognized common usage or the nature of the underlying legal transaction.
- 7.5** If the exclusive right of use is vested in the Company, Company is entitled to process or modify the Services and Deliveries. It is, even without the consent of the Supplier, entitled to grant or transfer rights to third parties in accordance with subparagraphs 7.3 and 7.4, fully or in part, with or without payment, in a manner, which excludes the Supplier from participating in the remuneration if any. The Company can, in particular, sell, reproduce, distribute, rent out or lease out the original or any copies of the Services and Deliveries in any way, shape or form and without limitation.
- 7.6** The exclusive right of use also implicates the handing over of any written or machine-readable work results of the Supplier to the Company, in particular source code, object code and the documentation regarding software, systems, databases, and surfaces as well as it comprises the right to exercise all proprietary powers relating to the Services and Deliveries.
- 7.7** Upon payment of the remuneration as agreed in the Individual Contract, any granted rights shall finally be satisfied.

8 Third Party Rights

- 8.1** Unless otherwise agreed in the Individual Contract, the Supplier guarantees that the services are performed free from any third party rights.
- 8.2** If the service of the Supplier is performed with the purpose of granting the Company an exclusive right to use the subject matter, the Supplier is not permitted to disclose the source code of the subject matter to third parties. In the event that third parties are entitled to such disclosure or otherwise to use the source code of the subject matter, the Supplier has committed an infringement of third party rights pursuant to this paragraph 8.
- 8.3** If the infringement of third-party rights is claimed and if the rights or possible usages vested in the Company are affected or prohibited, the Supplier is obliged, within a commensurate period to be set by the Company and without prejudice to any further contractual and/or statutory rights, to either, at its option, change the contractual services to the effect that these no longer belong to the scope of protection, yet still correspond to the contractual provisions, or to obtain the rights for the use of the contractual services according to the contract, without limitations and at no extra costs to the Company.
- 8.4** If the Supplier cannot perform the Service or Delivery as provided by the contract or the law, it has to inform the Company promptly in writing and state the reasons.
- 8.5** In case of a suspected or actual infringement of third-party rights, the Supplier indemnifies the Company against any third-party claims and is liable for any damages to Company arising out of the third-party infringement.

9 Termination

- 9.1** The Company can terminate a contract with the Supplier, in particular a contract for work and services ("Werkvertrag" according to German Law), a lease contract, a contract for services ("Dienstvertrag" according to German Law), a maintenance or support contract, with a due notice period of 14 days. The Supplier is entitled to claim remuneration until the termination of the contract. For services rendered by the Supplier after the termination of the contract, the Supplier cannot assert any claims for acceptance or remuneration.

In the event that a contract for work and services is cancelled, the Supplier obtains, in addition to the remuneration paid until the termination of the contract, as final compensation for any further loss of remuneration generally five percent (5%) of the remuneration agreed for such part of the work performance which has not been performed yet. The Supplier should prepare a final invoice by the date of termination

- 9.2** If the service term of a contract for services ("Dienstleistungsvertrag") between Supplier and Company is six (6) months or longer, Supplier may terminate such contract with a notice period of three (3) months.
- 9.3** If the service term of a contract for services ("Dienstleistungsvertrag") between Supplier and Company is less than six (6) months, Supplier may not terminate such contract.
- 9.4** The mutual right to give extraordinary notice of cancellation for a compelling reason remains unaffected.

10 Default

- 10.1 The Supplier defaults without any further notice, if it fails to perform its contractual services as per the Time of Performance/as per the Performance Period as agreed in the Contract, unless performance is delayed due to circumstances for which the Supplier cannot be held responsible.
- 10.2 If the Supplier defaults on a service, the Company can charge a contract penalty of 1% for each week of delay commenced, however not more than a total of 5% of the remuneration for the service due to which the Supplier is in default. Any further contractual or statutory rights of the Company, particularly regarding compensation for the damage caused by delay, remain unaffected by forfeiture and the payment of the contract penalty.

11 Terms of Payment

- 11.1 The prices agreed in the Individual Contract shall apply. All prices are final prices plus applicable VAT. Any services performed without an Individual Contract are not remunerated.
- 11.2 Remuneration is due for payment within 30 days after receipt of a proper invoice if the performance has been completed, is free of any defects and a valid performance record is submitted.
- 11.3 All invoices have to comply with the following requirements of the Company and the statutory requirements for accounting. Invoices with missing details may not be processed or may be not accepted at all. Second copies of invoices are to be marked as duplicates.

Ordering Party	
Any department of the Deutsche Pfandbriefbank AG or affiliates with the exception of the IT department of Deutsche Pfandbriefbank AG.	IT department of Deutsche Pfandbriefbank AG
Invoice Recipient	
Deutsche Pfandbriefbank AG Invoice Management & Payments Freisinger Strasse 5 85716 Unterschleißheim	Deutsche Pfandbriefbank AG Invoice Management & Payments / IT Services Freisinger Straße 5 85716 Unterschleißheim
Details on Invoice	
<ul style="list-style-type: none"> • Order Number: POxxx or Cxx-Rxx or Cxx-CWxxxxxx-Rxx • Contract Number: CWxxx or Cxxx • Description of Services and/or Deliveries • Contact in the responsible department of Deutsche Pfandbriefbank AG <p><u>For projects additionally</u></p> <ul style="list-style-type: none"> • Project Number <p><u>For Services additionally</u></p> <ul style="list-style-type: none"> • Service Month (= Calendar Month) • Name of the consultant • Separate list of travel costs - if agreed in advance in the order 	
Attachments	
<ul style="list-style-type: none"> • Timesheets with signatures of the consultant and the contact in the respective department of Deutschen Pfandbriefbank AG • Receipts for travel costs 	
Remark	
Per project and per invoiced month, one separate invoice must be presented. Each of such invoices may include several consultants who worked in that project, for each consultant a separate timesheet is required.	

- 11.4 A settlement of invoices shall imply neither the waiver of any rights arising from a possible impairment of performance nor the acknowledgement that the service invoiced was ordered or that it was rendered completely or free of any defects.
- 11.5 The Supplier is not entitled to assign claims against the Company to third parties; Sec. 354a HGB remains unaffected. Any offsetting by the Supplier against the Company is only permitted if the counterclaim is legally established or undisputed by the Company.
- 11.6 If the Company's payment is delayed, the interest rate due for delay is 5% above the applicable base rate.
- 11.7 Except for VAT, any and all taxes, charges or other duties (hereinafter „Taxes“) imposed by law in connection with the Services and Deliveries under the Individual Contract shall be borne and paid by Supplier.

- 11.8** To the extent that the Company is obliged to withhold and remit to the German tax authorities part of the payments under this Individual Contract as Withholding Taxes ("Quellensteuer"), it shall pay to Supplier the amount owed less the deduction for such Withholding Tax, and it shall account for and pay to the Federal Central Tax Office (Bundesamt für Steuern) the appropriate Withholding Tax amount in the name and for account of Supplier.

Payment of the amount owed less Withholding Taxes to Supplier and of the Withholding Tax amount to the German Federal Central Tax Office (Bundeszentralamt für Steuern) will constitute full settlement of the payment obligation by Company. Upon request, Company will provide proof of the remittance of the withheld tax amount by submitting to Supplier a signed certificate according to the official form.

If and inasmuch as Withholding Taxes under national laws are not to be imposed according to a valid double taxation agreement between Supplier's country of residence and the Federal Republic of Germany, Company will nevertheless retain and pay the Withholding Taxes as set forth under national income tax laws unless a valid, original certificate of exemption has been submitted to Company by the time the payment is effected.

- 11.9** If Company is required by law to withhold other taxes and/or duties, Company shall pay to Supplier the invoice amount owed less the deduction for the taxes and/or duties. To the extent possible, the principles in section 11.8 shall be applied accordingly

12 Liability

- 12.1** For (a) damages caused by intention or gross negligence, (b) personal injury or death, (c) damages caused by breach of confidentiality, (d) damages caused by malicious fraud, or (e) damages due to breach of guarantees, the parties shall be unlimited liable according to law.
- 12.2** In case of damages for which laws define mandatory liability and damages, such law shall apply.
- 12.3** For property or financial damages caused by slight negligence, the parties shall be liable up to an amount of 1,000,000€ per damage event and up to an amount of 2,500,000€ per calendar year. The parties may agree on higher liability limits in the respective Individual Contract.
- 12.4** In all other cases not defined above, the parties shall be liable according to the law.

13 Insurance

- 13.1** The Supplier maintains, during the cooperation with the Company, a third-party liability insurance covering any damage to persons and property as well as pecuniary loss. The required minimum cover is at least EUR 1,500,000 per damage event and at least EUR 2,500,000 per calendar year, unless otherwise agreed in writing in the Individual Contract.
- 13.2** Upon request by Company, the Supplier has to submit a corresponding confirmation of insurance cover to the Company.

14 Information, Confidentiality, Right of Audit

- 14.1** Each contracting party undertakes to keep secret all information on or in relation to the other contracting partner obtained within the course and context of the cooperation under any Contract secret and treat it as confidential without limitation of time. This applies, in addition to the corporate organizational processes and the bank secret, in particular to all information which is declared confidential or is recognizable as company or business secret. Excepted from this secrecy obligation is information which is, at the time when it is made available by either contracting party, already in the legal ownership of the other contracting party, apparent or has been properly acquired by third parties. The contracting party referring to such an exception bears the burden of proof that such exception exists.
- 14.2** The Supplier undertakes to hand over to the Company the any information that were left by the Company in the Supplier's charge, including documents, disks, CD-ROMs, other storage units and similar, upon termination of the assignment at the latest. Information which have to be destroyed at the demand of the Company are to be made unreadable by means of a file shredder in accordance with DIN 66399, Level 3.
- 14.3** The Supplier ensures that, within the scope of fulfilling the contract, it does not commit any acts which infringe agreed or statutory data protection rules, in particular the German Federal Data Protection Act (BDSG) or business and bank secrets. The Supplier undertakes to oblige its Staff, who are assigned to work for the Company, to maintain business and bank secrecy as well as data secrecy according to applicable law, in particular pursuant to Sec. 5 BDSG, and shall point out to them that any infringement may involve liability to prosecution. Above all, the Supplier is forbidden to process, disclose, make available or otherwise use protected personal data without authorization for any other purpose than the rightful execution of the respective tasks. The data secrecy obligation continues to exist even after the cooperation has been terminated.
- 14.4** The Supplier grants to all persons ordered by the Company, in particular to the internal auditors and corporate data protection officers of the Company, the necessary audit rights and control possibilities on the Supplier's premises, in particular pursuant to the German Banking Act (KWG), German Minimum Requirements for Risk Management (MaRisk) and German Federal Data Protection Law (BDSG), and shall otherwise provide any information necessary within the scope of the performance. This includes also the duty of the Supplier to disclose to Company any known or potential conflict of interest resulting from business relations between the Supplier and any bodies or employees of the Company.

- 14.5 Without prior written consent of the Company, Supplier is not permitted to make any statements to third parties regarding the existence of the contractual relationship with the Company.
- 14.6 The Supplier undertakes to acknowledge in written form the Declaration of Obligation regarding Data, Telecommunications, Banking & Business Secrecy. Company

15 Termination

On request, the Supplier shall, after the termination of the contract support the Company to the extent necessary for either taking over the contractual services itself or having them taken over by a third party. Such support shall be appropriately compensated by Company with similar or comparable fees as in the previous business between Supplier and Company. After the contract has been terminated, the Supplier hands over to the Company necessary updated documentation, in particular, such as manuals in electronic form or as a hard copy.

16 Miscellaneous

- 16.1 The Laws of the Federal Republic of Germany are exclusively applicable. The provisions of the United Nations Convention on Contracts for the International Sale of Goods (CISG) are excluded.
- 16.2 The place of jurisdiction for all disputes shall be Munich.
- 16.3 Any changes of and amendments to these GTC or an Individual Contract shall be in writing in order to be effective. This written form requirement also applies to changes of this clause.
- 16.4 The transmission of a copy of statements with legally binding signatures, via fax or as an attachment (PDF, TIF or JPG) via e-mail, replaces the written form respectively.
- 16.5 Should one or several provisions of this contract be invalid in full or in part or impracticable, the other provisions of this contract remain unaffected. The parties undertake to replace the invalid or impracticable provision by a regulation which comes closest to the commercial objective of the invalid provision.

Special Conditions for the Purchase of Work Performances (including Individual Software)

17 Change Request

- 17.1 The Supplier shall immediately accept or reject any change requests by the Company.
- 17.2 If the Supplier rejects a change request of the Company, the Individual Contract shall be completed on the conditions originally agreed.
- 17.3 The Supplier is authorized to invoice the Company for any proven additional costs involved by the ordered change in Service or Delivery, insofar as the Supplier has informed the Company in writing about the additional costs, in particular their cause and amount, before it has been commissioned. The additional costs shall be determined relative to the original performance based on the agreed remuneration.
- 17.4 All documentation and records, such as the detailed concept or user manuals, shall be amended correspondingly by the Supplier when implementing a change, unless the Company is responsible for the content of the documentation.

18 Completion and Acceptance

- 18.1 The Supplier shall immediately notify the Company in writing of the completion of the ordered service. A completion of the agreed scope of Services and Deliveries requires in particular the complete provision of the Service or Delivery at the place of fulfillment.
- 18.2 Acceptance of the Service or Delivery is only effective if issued by the Company in writing. An implied acceptance, e.g. by use of the Service or Delivery, is excluded.
- 18.3 For the creation, expansion or modification of software products, the Supplier makes available to the Project Leader of the Company or to an employee of the Company determined by the Project Leader of the Company, the work results as defined in the specifications, due on the agreed date and on the premises of the Company. These work results include, in particular, the source codes and all other program parts of the corresponding data model required in this context, a detailed process description of the documentation for users, administration and installation, and the description of the surface design including the corresponding sources, the programming environment as well as the interfaces.
- 18.4 Should any defects of the Services and Deliveries be detected, the following regulations apply:
 - Class 1 Defects are defects which exclude or substantially limit the contractually agreed use of the Service or Delivery or material parts thereof.
 - Class 2 Defects are defects which more than insignificantly limit the contractually agreed use of parts of the Service or Delivery, but which, however, do not fully exclude their use nor affect the use of the remaining parts of the Service or Delivery.
 - Class 3 defects are defects which insignificantly limit the contractually specified use of parts of the Service or Delivery; however, they do not affect the use of the remaining parts of it.
- 18.5 The acceptance of the Service or Delivery is excluded if Class 1 Defects exist.

- 18.6** In the event of an existing Class 2 Defect, the acceptance of the Service or Delivery only takes place if no further Class 2 or 3 Defects exist.
- 18.7** Despite existing Class 3 Defects the acceptance of the work performance takes place, unless more than two defects exist.
- 18.8** Even after partial acceptance has occurred, the Company is still authorized to withdraw from the entire contract.
- 18.9** The acceptance of the Service or Delivery despite known defects does not establish a waiver of warranty rights regarding these defects, even if the warranty right or a reservation were not expressly recorded or claimed in the acceptance report or in some other form.
- 18.10** All payments by Company to Supplier prior to acceptance of Service or Delivery shall be deemed as advance payments and are to be refunded to the company in case the acceptance finally fails.

Special Conditions for the Purchase of Services

19 Fees for Services

- 19.1** If not otherwise agreed in the Individual Contract, fees and payments are based on daily rates.
- 19.2** If payments are based on days, each payable day shall consist of a minimum eight (8) hours work time. On an exceptional basis, also a day with five (5) hours work time shall be deemed as one (1) full day, if the difference to the minimum of eight (8) hours is compensated within seven (7) calendar days.
- 19.3** If payments are based on hours, only completed 15 minutes slots shall be compensated with 25% of the hourly rate. If the Individual Contract clearly bases payments on hours but only states a daily rate, the hourly rate is calculated as 11,5% of the daily rate.
- 19.4** The indication of a performance period (number of days or hours) in the Individual Contract corresponds to the maximum agreed and chargeable performance period for the fulfillment of the agreed services. It will be paid only for the actual amount of days and/or hours on the agreed daily or hourly rates which were needed to perform the agreed Services, even if the ordered performance period exceeds the actual required performance period. The same applies if instead of a performance period only a maximum fee has been agreed on in the Individual Contract.

20 Travel Costs

- 20.1** Unless explicitly agreed in the Individual Contract, travel costs and other additional costs shall not be paid for separately.
- 20.2** Travel time to and from the place of performance and/or delivery according to section 5.2 shall not be paid for, unless explicitly agreed in the Individual Contract.
- 20.3** In case the reimbursement of travel cost and/or the payment of travel time is agreed in the respective Individual Contract, the Company's Travel Policy for Externals shall apply.

21 Changes to the Service Schedule

Changes to the service time may be agreed by the parties in writing or via email.

Special Conditions for the Purchase of Software (Standard Software)

22 Granting of Rights

- 22.1** By delivering the software the Supplier grants to the Company a non-exclusive right according to the foregoing provisions 7.1 to 7.3, to use the software including its updates and upgrades. This right of use expressly comprises the contractually agreed network-based reproduction and the implementation on network-linked systems of entities which are related to the Company (Sec. 15 AktG). The Company is expressly granted the right to copy software to future IT systems. The further reproduction of the software, in particular for installation or for saving or archiving purposes, as well as of the corresponding documentation, is permitted without limitation.
- 22.2** The rights of use as stated above include the usage of the Software by third parties, if such third parties are acting by order and on behalf of Company.
- 22.3** The scope of delivery includes a data carrier on which the acquired software has been stored. In addition, the Supplier must deliver to the Company documentations on the software, in particular instruction manuals and administrator manuals.
- 22.4** The Company is authorized to use the software left in its charge for operational purposes, pursuant to 22.1 to 22.3, on any optional IT systems including network systems which might also be located at third-party entities, e.g. in the case of outsourcing or hosting.
- 22.5** Irrespective of the foregoing provisions, the Supplier retains all rights to the software. However, this does not affect the ownership of the Company regarding such items which were handed over, e.g. machine-readable recording media, backup copies, data storage units and the documentation required for using the software.

23 Maintenance Offer and Deposit of Source Code

- 23.1** At the request of the Company, the Supplier has to submit an offer for maintenance services to the Company for a minimum period of 5 years from the delivery of the software and with a due notice period of 6 months; such maintenance service shall include software maintenance (delivery of updates and upgrades), the removal of defects as well as support by telephone, available at least during the local business hours of the Company, for all software deliveries on economically reasonable terms.
- 23.2** At the request of the Company, the Supplier shall, at the Company's expense, deposit the software source code and the relevant development documentation at a recognized escrow agent. Terms and conditions of the applicable escrow agreement between Supplier and escrow agent shall ensure the release of the source code to the Company, if the Supplier becomes insolvent or ceases maintaining the delivered software. In such case the Company shall be authorized to use the released software for any purposes at its own discretion.